

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	549
		<b>TOP:</b>	12
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	22.11.2016		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Frucht (ASS), Frau Kinn (Gesellschaft für intelligente Projektsteuerung - GRiPS) und Herr Böttcher (FLÜWO Wohnungsbaugesellschaft)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Faßnacht / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Ergänzende Bebauung am Ehrlichweg in Stuttgart-Fasanenhof</b> <b>- Ergebnis der Bürgerbeteiligung</b> <b>- Vorschlag zum weiteren Vorgehen</b> <b>- mündlicher Bericht</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation kann aus Kapazitätsgründen dem Protokoll nicht als Dateianhang elektronisch hinterlegt werden. Sie wird aus Datenschutzgründen auch nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angeheftet. Letzteres gilt auch für die als Tischvorlage ausgeteilte "Bürgerempfehlung zu einer ergänzenden Bebauung Ehrlichweg in Stuttgart-Fasanenhof", erstellt von suedlicht (Moderation, Mediation, Planungsdialog) und GRiPS (Gesellschaft für intelligente Projektsteuerung).

BM Pätzold begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt neben zahlreichen Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils Fasanenhof insbesondere Frau Kinn (GRiPS), Frau Dr. Krüger (suedlicht), Herrn Böttcher (FLÜWO) sowie Frau Frucht (ASS).

Einführend gibt Frau Frucht anhand einer Präsentation eine kurze Zusammenfassung, welche Beschlüsse der Ausschuss für Umwelt und Technik bisher zur Bürgerbeteiligung gefasst hat.

Frau Kinn (GRiPS) schildert anschließend detailliert - ebenfalls mithilfe einer Präsentation - den Prozess der Bürgerbeteiligung zur Nachverdichtung im Bereich Ehrlichweg, und wie dezidiert auf die Vorschläge seitens der Fachverwaltung und den Wohnungsbaugesellschaften eingegangen wurde. Die Empfehlung der beteiligten Bürger laute

nach dem dritten Treffen mit allen Bürgern, keine Nachverdichtung in Ehrlichweg (mit Ausnahme der städtischen Fläche), Kurt-Schumacher-Straße, Sautterweg und Giescheweg vorzunehmen. Weiter informiert Frau Kinn über das Fazit und die Grundsätze für jedes weitere Vorgehen im Sinne der Seiten 4 und 5 der Tischvorlage.

Die Position der fünf Wohnungsbaugesellschaften, die an diesem Projekt beteiligt sind, legt Herr Böttcher (FLÜWO) dar. Seine Ausführungen sind wiedergegeben im leicht überarbeiteten Wortlaut:

"Warum sind wir zu der Entscheidung gekommen, im Fasanenhof in unserem ersten Konzept einhundert genossenschaftliche Mietwohnungen zu bauen? Zunächst einmal - in Klammern gesetzt sozusagen - sind wir deutlich unter den Grenzen, die baurechtlich möglich wären, geblieben. Ein Bauträger würde da sicherlich deutlich mehr versuchen, auf diesen Flächen bauen zu wollen. Ich möchte jetzt gar nicht so sehr in die Planung einsteigen, sondern ich möchte nochmals in unsere übergeordnete Zielsetzung einsteigen:

Was wollen wir eigentlich erreichen als Wohnungsbaugenossenschaften? Wir wollen unsere Bestände mit guter Qualität zukunftssicher machen. Und wenn ich mir jetzt den Bestand im Fasanenhof anschau, dann haben wir da knapp 500 Wohnungen, die Hälfte davon sind 3- und 4-Zimmer-Wohnungen. Die Hälfte unserer Bewohner ist über 50 und ein gutes Drittel ist über 65 Jahre alt. Wir gehen da immer von der fiktiven Oma Maier aus, die in einer 3-Zimmer-Wohnung wohnt, der Mann ist gestorben, die Kinder wohnen woanders. Sie wohnt jetzt im 3. OG im Fasanenhof in einer Bestandswohnung mit drei oder vier Zimmern, die für ihre Verhältnisse zu groß ist und überteuert ist. Wir würden gern der Oma Maier den Umzug ermöglichen in eine barrierefreie, mit altersgerechten Unterstützungssystemen ausgestattete Wohnung im Quartier, und das können wir im Bestand nicht realisieren.

Und jetzt gehen wir mal die Handlungsalternativen durch: Die erste ist, dass wir unsere Bestände im Fasanenhof verkaufen. Das ist für Genossenschaften keine Handlungsalternative, zumindest im Moment nicht. Die zweite ist, das man nichts macht. Was wird passieren? Die Fluktuation wird steigen, die Qualität in den Quartieren wird sinken, und irgendwann freut sich der Herr Brändle, weil uns nichts anderes übrig bleibt vielleicht, als die Wohnung als preisgünstige Wohnung beim Bündnis für Wohnen zur Verfügung zu stellen. Die dritte Alternative ist Abriss und Neubau. Damit heben wir die Qualität ganz deutlich. Nur diejenigen, die jetzt dort wohnen, die sind da nicht mehr dabei. Die müssen wir umsetzen, und die werden nach dem Neubau dort nicht mehr wohnen können, weil wir eben Neubaupreise aufrufen müssen.

Wir glauben deshalb, dass die Qualität im Fasanenhof in der Substanz gut ist, dass wir die Wohnungen auch im Bestand herrichten können, und dass wir das sinnvoll mit barrierefreien Wohnungen mit Neubaustandard ergänzen können auf unseren eigenen Grundstücken, so wirtschaftlich wie sonst nirgends. Aus dem Grund haben wir das Vorhaben soweit vorangetrieben und merken jetzt natürlich, dass wir auf ganz erheblichen Widerstand stoßen - auch bei unseren Mitgliedern im Bestand, das braucht man nicht zu verheimlichen. Nur wenn man wirklich sagt, man will auch die Ziele der Sozialen Stadt darüber hinaus verfolgen, und darüber hinaus auch das Bündnis für Wohnen in Stuttgart weiterbringen, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben, als sich mit einer entsprechenden Weiterentwicklung im Fasanenhof auseinanderzusetzen."

Frau Frucht informiert anschließend über verschiedene Randthemen und stellt den Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen vor sowie die Gründe, die dazu geführt haben (Seiten 28 bis 41 der Präsentation).

Der Vorsitzende dankt den Vortragenden und sagt zu, dem Ausschuss die Präsentationen für den Abwägungsprozess zur Verfügung zu stellen. Er bittet um ein Votum seitens der Fraktionen zur nächsten UTA-Sitzung am 29.11.2016.

Dem Dank an die Vortragenden schließen sich die Rednerinnen und Redner seitens des Ausschusses an. Diese loben die hervorragende Begleitung und Moderation des Prozesses sowie die Erarbeitung eines Kompromissvorschlags durch die Fachverwaltung.

StR Dr. Vetter (CDU) erinnert, am 10.02.2015 habe der UTA noch einen Ergebnis offenen Prozess gewünscht, und am 19.04.2016 (nicht öffentlich, Niederschrift Nr. 201) versucht, einen Konsens über alle Fraktionen zu finden, um die Nachverdichtung zu ermöglichen. Größe und Umfang derselben sollten von der Bürgerbeteiligung abhängig gemacht werden. Aus Sicht seiner Fraktion hat dabei im Februar noch die Möglichkeit einer Null-Lösung im Raum gestanden und bei der Variante vom April hätte ebenfalls die Null stehen können.

Er verweist weiter auf den hohen Aufsiedelungsgrad im Fasanenhof. Der Stadtteil habe 1967 noch 2.866 Wohneinheiten gehabt, 2016 waren es schon 3.600 Wohneinheiten. Dies entspreche einer Aufsiedelung von 25,6 %. Die Siedlungsdichte im Fasanenhof betrage 6.170 Einwohner/km<sup>2</sup>, die durchschnittliche Siedlungsdichte in Stuttgart 5.552 Einwohner/km<sup>2</sup>. Nehme man die Bodenfläche als Referenzmaß, so wohnen im Fasanenhof 5.200 Einwohner/km<sup>2</sup> gegenüber 2.826 Einwohnern in der Gesamtstadt.

Er unterstreicht, die CDU-Fraktion wolle auf keinen Fall einen Stadtteil gegen einen anderen ausspielen, aber sie wolle das würdigen, was die Bürgerinnen und Bürger vor Ort entschieden haben. Er zeige Verständnis für die Ausführungen von Herrn Böttcher, habe aber kein Verständnis dafür, wenn sich die Bürger mit großem Engagement und Flexibilität in die Bürgerbeteiligung einbringen, deren Vorschläge dann aber in keinem Punkt als machbar oder zur Prüfung aufgegriffen werden. Nachdem keinerlei Gestaltungsspielraum bestanden habe, könne man die Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger verstehen. Aus diesem Grund lehne seine Fraktion die vorgeschlagene Nachverdichtung ab.

Die aufgezeigte Alternative der Grünfläche vor dem Sportplatz des SV Fasanenhof wäre zumindest teilweise ein Lösungsansatz, wenn im Fasanenhof noch Wohnbaufläche geschaffen werden soll. Alternativ sei das städtische Grundstück in der Lage, weitere Wohnbevölkerung aufzunehmen. Seines Erachtens ist es an der Zeit, die Bürgerinnen und Bürger zu erhören und nicht nur zu hören. Somit sollte man keine Nachverdichtung am Fasanenhof in dieser Form umsetzen.

StRin Schiener (90/GRÜNE) bekräftigt, ihre Fraktion stehe hinter dem Beschluss einer Nachverdichtung im Fasanenhof. Sie erinnert an den entsprechenden Wunsch der Wohnungsbaugesellschaften diesbezüglich und auch daran, wie vor wenigen Jahren noch derartige Beteiligungsverfahren abgelaufen sind. Im Fasanenhof wurde ein sehr aufwändiges Verfahren durchgeführt. Sie höre daraus, dass nicht eine grundsätzliche Ablehnung zur Nachverdichtung besteht, sondern zu einer Nachverdichtung, wie sie

den Bürgern dargestellt wurde. Soziale Aspekte spielen für die Bürger dabei eine sehr große Rolle, weshalb diese auch berücksichtigt werden sollten.

Der UTA habe laut Protokoll von einer Null-Lösung nach langen Diskussionen Abstand genommen und sich für eine Nachverdichtung ausgesprochen, betont sie weiter. Die GRÜNEN-Fraktion stehe dahinter, dass eine Nachverdichtung auch Verbesserungen für die Wohnqualität insgesamt mit sich bringen muss und dass sie vorrangig auf versiegelten Flächen stattfindet. Unbestritten sei auch, "dass wir Wohnraum brauchen". Mit Blick auf die These 11 der Tischvorlage, wonach Leute mit mittleren und höheren Einkommen herangezogen werden sollen und von diesen soziales Engagement erwartet wird, sowie, dass sie vor Ort einkaufen, fragt sie, wie dies bewerkstelligt werden soll.

Abschließend verweist die Stadträtin auf die Bürgerumfrage aus 2015. Demnach sagen 84 % der 25- bis 35-Jährigen, zu hohe Mieten seien eines der zehn größten Probleme, die Stuttgart hat. Bei den über 50-Jährigen sagen dies nur 58 %. Mangelndes Wohnangebot sagen 25- bis 35-Jährige zu 69 %, 65-Jährige und ältere sagen dies zu 44 %. Als Hauptproblem der Älteren wurde mit 64 % zu wenig Parkplätze genannt. Ihrer Ansicht nach muss die Generationenproblematik stärker berücksichtigt werden. Nach einer weiteren fraktionsinternen Beratung werde man nächste Woche zu den einzelnen Vorschlägen Stellung nehmen.

StR Körner (SPD) hebt die außerordentlich positive Entwicklung hervor, die der Stadtteil Fasanenhof in den letzten Jahren genommen hat, insbesondere durch die Soziale Stadt, aber auch durch die Stadtbahnanbindung und den Europaplatz. Es bestehe ein großes gesamtstädtisches Interesse, mehr Wohnungen in Stuttgart zu haben. Vor allem Familien mit Kindern verlassen zunehmend die Stadt, weil sie keine Wohnungen finden. In der Bürgerumfrage der Stadt wurde als Problem Nr. 1 "Wohnung finden" genannt. Gleichzeitig passiere es, wenn irgendwo in der Stadt ein Neubaugebiet oder eine Nachverdichtung vorgeschlagen wird, dass diejenigen, die vor Ort wohnen, sehr häufig sich dagegen aussprechen. Er wirbt um Verständnis für die Situation, in welcher der Gemeinderat steckt und in welcher eine Abwägung stattfinden muss. Die Entscheidungen werden den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nicht immer gefallen, doch lasse es sich anders leider nicht bewerkstelligen.

Überrascht ist er vom Wortbeitrag von StR Vetter. Am 19.04.2016 habe der UTA sich einvernehmlich auf folgende Formulierung verständigt: "Ziel ist es, aufgrund des weiter gestiegenen Wohnraumbedarfs eine Nachverdichtung zu ermöglichen. Größe und Umfang der Nachverdichtung sind Inhalt des Beteiligungsverfahrens und soll mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden." Man müsse schon sehr kreativ in der Interpretation dieses Beschlusses sein, um zu sagen, es könne auch eine Null-Lösung sein. Die Verwaltung habe sich große Mühe gegeben mit einem Kompromissvorschlag, den man in die fraktionsinterne Beratung mitnehme. Grundsätzlich hält er es für sehr positiv, einen solchen Kompromissvorschlag - der auf den ersten Blick nachvollziehbar erscheine - zu machen. Insofern bedauert er, dass die CDU einen vorbereiteten Text vorgetragen hat, ohne diesen neuen Kompromissvorschlag in irgendeiner Form zu würdigen. Er habe im April die CDU-Fraktion so verstanden, dass sie für eine Nachverdichtung auf einer vernünftigen Basis zu haben ist. Sein Appell an die CDU-Fraktion laute daher, diesen Vorschlag mitzunehmen und zu prüfen.

Wichtig ist ihm außerdem der Hinweis darauf, dass es Genossenschaften sind, die im Stadtteil bauen wollen und "keine Heuschrecken, die sehr teuer bauen und sich dann

sehr schnell wieder von ihren Beständen verabschieden". Es seien vielmehr Vermieter, wo die Mieterinnen und Mieter über die Genossenschaft Eigentümer sind und ein Dauernutzungsrecht anstatt eines Mietvertrages haben, und wo die Mieten langfristig bezahlbar bleiben. Aus seiner Sicht sind diese Bauwilligen vorbildliche Wohnungsunternehmen, die man ermutigen wolle, neue Wohnungen zu bauen. Wichtig ist seiner Fraktion, dass die Mitglieder der Genossenschaft diese Vorhaben auch unterstützen. Er bittet Herrn Böttcher, bei den Mitgliedern der Genossenschaften für den Kompromissvorschlag zu werben. Weiter fragt er, ob beim Thema Stellplätze noch Gesprächsbedarf besteht, um für die Bürgerinnen und Bürger, die bereits dort wohnen, diesbezüglich noch Verbesserungen zu erreichen.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) geht davon aus, dass eine ökologische und soziale Stadtentwicklung nur dann möglich ist, wenn der dringend benötigte Wohnraum für alle in Stuttgart auch mit Nachverdichtungen geschaffen wird. Dazu müsse in der gesamten Stadt nach geeigneten Flächen gesucht werden. Es sei an der Zeit, endlich ein Dichtekonzept in Stuttgart zu diskutieren und zu beschließen. Bei einer Nachverdichtung sei es wichtig, dass für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine Aufwertung ihrer Situation mit einhergeht. Beispiele, wie die Akzeptanz steigen kann, gebe es in anderen Städten. Ein Beispiel aus der Schweiz und Österreich sei, dass nach einer Nachverdichtung der Mietpreis für die bisherigen Bewohner um ca. 20 % gesenkt wird.

Die Fraktionsgemeinschaft befürworte eine Nachverdichtung am Fasanenhof. Zwar leben auf dem Fasanenhof ca. 6.000 Menschen/km<sup>2</sup>, doch leben im Talgrund von Stuttgart-West heute 30.000 Menschen/km<sup>2</sup>. Der Stuttgarter Westen sei der beste Beweis dafür, dass räumliche Enge die Lebens- und Wohnqualität nicht grundsätzlich verschlechtert. Das von der Verwaltung vorgestellte und überarbeitete Konzept zeige, dass Bürgerbeteiligung sich lohnt. Er dankt der Verwaltung für die Einarbeitung der Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Kompromissvorschlag. Diese Empfehlungen bieten größtenteils eine Richtschnur, an der sich die weiteren Planungen ausrichten sollten. Eine Bebauung müsse vor allem auf versiegelten Flächen stattfinden. Aus seiner Sicht bieten die Straßendimensionierungen des Ehrlichwegs und der Kurt-Schumacher-Straße weiteren Spielraum, um evtl. Gebäude weiter herauszurücken etc. Am Sautterweg könnten die geplanten Häuser auf den vorgestellten Grünflächen entstehen. Wenn weitere Häuser auf den heutigen Garagenflächen entstehen, sollte überlegt werden, auf die Bebauung des kleinen Wäldchens zu verzichten.

Unverständlich ist ihm, dass die Aufstockung von Gebäuden als unwirtschaftlich und statisch nicht möglich verworfen wurde. Von anderen Gebieten mit Häusern aus der gleichen Zeit wisse er, dass dies sehr wohl möglich ist. Die städtische Fläche, auf der vier Systembauten für Flüchtlinge entstehen werden, könne jetzt schon mit Wohnraum bebaut werden. Diese Gebäude könnten außerdem genutzt werden, damit eine Lärminderung für das gesamte Gebiet passiert. Weiter begrüßt der Stadtrat den Erhalt des Mammutbaumes und den Wegfall eines Gebäudes in der Kurt-Schumacher-Straße. An den Eckgebäuden des Ehrlichwegs werde durch die Nachverdichtung eine Verschlechterung der Situation entstehen. Deswegen sollte über eine Senkung des Mietpreises nachgedacht werden, um so eine Akzeptanz für die Nachverdichtung zu bekommen.

An den Bürgerverein Fasanenhof gewandt - der alle Mitgliedern des Gemeinderats letzte Woche angeschrieben hat - verwahrt er sich gegen die im Brief aufgestellte Behauptung und Andeutung, dass durch die weitere mögliche Ansiedlung von Menschen mit Migrationshintergrund ein Getto entstehen würde. Dies sei nicht akzeptabel und zudem

absolut falsch. Es leben im Stadtgebiet Stuttgart insgesamt 42 % Menschen mit Migrationshintergrund und sehr viele davon gehören zum kaufkräftigen Mittelstand der Stadt und sorgen für deren Wohlstand.

StR Zeeb (FW) merkt zum Wortbeitrag seines Vorredners das Thema Aufstockung von Gebäuden betreffend an, Statik sei eine Rechenaufgabe. Er frage sich nach dem heute Gehörten: "Was bleibt eigentlich übrig - Null-Lösung? Wenn wir das Schule machen lassen, was hier ansteht und auch noch unter der Ägide von Bauträgern, die nicht auf Gewinnmaximierung aus sind, wie jeder Sonstige, der hier zugange wäre und jeden Quadratmeter und jedes 'Nullkomma' von der Geschossflächenzahl ausnutzen würde, dann frage ich mich schon, wenn wir hier nicht eine Nachverdichtung versuchen, wo sollen wir es dann sonst in Stuttgart machen?" Das gesamtstädtische Interesse sei sehr groß, nicht umsonst sei Wohnen und neuer Wohnraum ein Hauptthema von OB Kuhn. Er fragt, ob der Oberbürgermeister sich zu diesem Gebiet geäußert hat, und kündigt an, den Kompromissvorschlag der Verwaltung intensiv in der Fraktion zu beraten. Außerdem äußert er die Hoffnung, dass aus dem Wettbewerb gute Lösungen zu all den Themen, die aus der Bürgerschaft geäußert worden sind, hervorgehen werden.

StR Klingler (AfD) bestätigt, man brauche dringend Wohnraum, doch brauche man diesen auf die ganze Stadt bezogen und man brauche zudem dringend Politik für die Menschen vor Ort. Was nutze es, im Fasanenhof Wohnraum zu schaffen, damit aber gleichzeitig die Wohnqualität zu verschlechtern? Seines Erachtens darf nicht riskiert werden, die Verbesserungen, die in den letzten Jahren dort erreicht wurden, wieder zu verlieren durch eine sinnlose Nachverdichtung. Er habe ohne Frage Verständnis für die Interessen der Wohnbaugenossenschaften. Dennoch bleibe es eine Abwägung. Die Idee, dass ältere Menschen aus den Bestandswohnungen umziehen in kleinere Wohnungen, erscheine richtig, doch werde es in der Realität so sein, dass die Menschen hinterher in kleineren Wohnungen leben, aber dieselben oder höhere Kosten haben wie zuvor.

Trotz der erfolgten Aufwertung des Fasanenhofs bleibe der Stadtteil genug belastet durch die B 27, die Autobahn und die Nord-Süd-Straße. Er empfiehlt die Möglichkeiten zu prüfen, um diese Straßen zu überbauen. Damit hätte man mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Man bekäme die Lärm- und Emissionsproblematik in den Griff und es müssten keine weiteren Flächen versiegelt werden. Abschließend weist er darauf hin, dass die AfD als einzige gegen die Planung einer Flüchtlingsunterkunft am Ehrlichweg votiert hat. Nachdem die Flüchtlingszahlen sinken, sollte man dort eine Wohnbebauung schaffen. Darüber hinaus sehe er keine Möglichkeit für eine Nachverdichtung wie heute vorgeschlagen.

StR Conz (FDP) plädiert dafür, das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu würdigen und die Ergebnisse zu akzeptieren. Er ist auch überzeugt, dass das von Herrn Böttcher erwähnte "Oma-Maier-Beispiel" nicht funktionieren wird, "da Oma Maier keine Neubaupreise bezahlen können wird". Mit Blick auf den von der Verwaltung präsentierten Kompromissvorschlag meint er, eine Bebauung von Flächen, wo bisher Garagen waren, gelte allgemein für nicht möglich dort, wo diese Garagen vielen Eigentümern gehören. Insofern könne man jedem Bürger nur raten, sich auf jeden Fall immer eine Garage zu kaufen, um sicher zu sein, seinen Stellplatz behalten zu können. Der Kompromissvorschlag berücksichtige nicht, wie mit der Stellplatzproblematik künftig umgegangen werden soll. Auch was das Thema Lärm angeht, sind nach seinem Eindruck nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Würde man dies angehen, so könnten auch die

Bestandbewohner einen Vorteil erkennen und einer Bebauung an der einen oder anderen Stelle zustimmen. So wie das Vorhaben jetzt ist, lehnen die Leute es ab. Da die FDP Bürgerbeteiligung ernstnehme, könne sie die Nachverdichtung so nicht befürworten. Jedoch werde sie den Kompromissvorschlag noch diskutieren.

Aus Sicht von StR Dr. Schertlen (STd) kann im Fasanenhof von einer funktionierenden Bürgerbeteiligung gesprochen werden, weshalb der geäußerte Wille der Bürgerinnen und Bürger nicht einfach beiseite gewischt werden darf. Über die Fläche, die für die Flüchtlingsunterkünfte vorgesehen ist, könne man für Wohnungsbauzwecke eines Tages reden. Eventuell könne man noch über ein oder zwei weitere Flächen reden, nicht aber darüber, zwischen die Häuserreihen wie bisher vorgesehen die Nachverdichtung zu erstellen. Wichtig sei dabei, mit Bürgerbeteiligung und mit Akzeptanz der heutigen Einwohner vorzugehen.

BM Pätzold teilt zum Thema Parken mit, die Stellplätze sollen künftig in Tiefgaragen untergebracht werden - wenn diese möglich und machbar sind. Die Flüchtlingsunterkünfte werden gebaut, sodass diese Fläche perspektivisch für den Wettbewerb vorgeschlagen werde. Es existiere bereits eine Lärmschutzwand. Das Problem sei, dass diese Lärmschutzwand saniert werden muss. Die Lärmbelastung im Fasanenhof müsse unabhängig von dem Thema der Nachverdichtung diskutiert werden. Er wiederholt seine Zusage, den Ausschussmitgliedern die gezeigte Präsentation für ihre internen Beratungen zur Verfügung zu stellen und hält Kenntnisnahme zum Bericht fest.

Das Thema werde morgen im Bezirksbeirat Möhringen behandelt. Am 29.11.2016 werde der Ausschuss die Entscheidung über das weitere Vorgehen treffen.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

## Verteiler:

- I. Referat StU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)  
Baurechtsamt (2)  
weg. UTA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR
  3. Referat WFB  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)  
Stadtkämmerei (2)
  4. BezA Möhringen
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN